

100% SOLIDARISCH!

Neue Prioritäten in Europa

**KPÖ⁺
plus**

DAS EUROPA DAS WIR WOLLEN

Die Möglichkeiten, die die europäische Integration bietet, das Leben der Menschen zu verbessern, bleiben ungenutzt.

Wir wollen uns in einem Europa ohne Binnengrenzen frei bewegen. Wir wollen leben, lernen und arbeiten können, wo wir wollen. Wir wollen, wo immer wir wohnen, über gleiche soziale und demokratische Rechte verfügen. Wir wollen ein Europa gleicher Rechte für alle, die hier leben, und ein Europa, in dem Frieden herrscht, ein Europa, das mit seinen Nachbarn friedlich und solidarisch zusammenarbeitet, und das all jenen einen sicheren Platz bietet, die vor Krieg, Verfolgung, Elend und Klimakrise flüchten.

Das Brexit-Chaos verdeutlicht den Schaden, der durch die NationalistInnen in Europa angerichtet wird.

Die Wirtschaftskrise vor zehn Jahren war zwar keine Überraschung, hat aber die EU in ihren Grundfesten erschüttert. Der Aufstieg nationalistischer und neofaschistischer Parteien wie der FPÖ sind die Symptome dieser Krise und Beiprodukt der Politik, die zu dieser Krise geführt hat.

Auch wenn wir die europäische Integration beziehungsweise die Europäische Union gegen Neofaschismus und Nationalismus auf den Straßen und in den Parlamenten verteidigen, betonen wir, dass die EU nicht so ist, wie wir sie wollen.

Die EU ist vor allem eines: Ein Raum des kapitalistischen Wettbewerbs. Ein gemeinsamer Markt ist nur dann mit der Demokratie vereinbar, wenn er gemeinsame Vorkehrungen zum sozialen Ausgleich und zum Schutz der Umwelt enthält, die demokratisch beschlossen und implementiert werden.

Wir wollen einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen einen Neustart für ganz Europa.

Neustart heißt, die Prioritäten neu setzen, auch um im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals / SDGs), zu denen sich auch Österreich verpflichtet hat, einen Beitrag zur globalen nachhaltigen Entwicklung zu leisten, die gleichermaßen mit Rechten und Pflichten für den globalen Süden und Norden einhergeht.

Würdige Beschäftigung und Bedingungslose Existenzsicherung

Wir wollen das Recht auf gut bezahlte, menschenwürdige Arbeit in der gesamten EU durchsetzen.

Wir wollen, dass das Recht aller Menschen auf ein würdiges Leben durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sichergestellt wird.

Wir fordern ein Ende der Massenarbeitslosigkeit. Diese ist durch EU-weite Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden und ein durch die Europäische Zentralbank finanziertes sozialökologisches Investitionsprogramm zu überwinden.

Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis durchsetzen. Wir wollen prekäre Arbeit bekämpfen, Arbeitsverträge, die ohne sachlichen Grund befristet sind, sowie Leiharbeit EU-weit verbieten.

Wir wollen, dass künstlerisches und kulturelles Schaffen als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt sowie finanziell und sozial abgesichert wird.

Für Plattformen, Arbeiten in der Cloud oder in der Crowd müssen Mindestlöhne, Arbeitszeitregelung, Sozialversicherung und Arbeitsschutz wie in herkömmlichen Betrieben gelten.

Wir treten für eine europäischen Mindestlohnregelung ein.

Wir fordern gleichen Lohn und gleichen Anspruch auf Sozialleistungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Das Grundrecht auf Wohnen

Derzeit unterliegt die Wohnungspolitik der EU dem Wettbewerbsrecht. Das wollen wir ändern, denn Wohnen ist Menschenrecht.

Der Artikel 34 (3) der EU-Grundrechtscharta (2010) muss in der Praxis verwirklicht werden:

„Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, anerkennt und achtet die Union das Recht auf eine soziale Unterstützung und eine Unterstützung für die Wohnung, die allen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen sollen.“

Wir verlangen die Bereitstellung europäischer Mittel für die Investitionen in öffentlichen und nachhaltigen Wohnbau.

Wir setzen uns europaweit für die Enteignung und Verge-sellschaftung nicht genutzten Wohnraums ein.

Wir wollen, dass alle in Europa lebenden Menschen vor der Spekulation mit dem Wohnen geschützt werden.

***European Green New Deal:
Soziale und ökologischen Frage
als Einheit sehen***

Der Klimawandel und das Artensterben sind eine Realität, die ernst genommen werden muss. Wir setzen uns ein für einen Europäischen Green New Deal, weil wir davon überzeugt sind, dass die soziale und die ökologische Krise nur gemeinsam bewältigt werden können. In diesem Sinne arbeiten wir im Europa Parlament gemeinsam mit linken Kräften und im Rahmen der Linksfraktion GUE/NGL.

Die EU-Klimapolitik muss am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden.

Überwindung der Energiearmut und Energiesparen bilden keine Gegensätze, wenn die Energieversorgung aus der Hand der Konzerne in die Verwaltung durch BürgerInnen, der Kommunen und Genossenschaften übergeht und vergesellschaftet wird.

Wir fordern ein EU-Investitionsprogramm für die Infrastruktur und den öffentlichen Nahverkehr. Wir treten für den Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel nach Luxemburger Vorbild ein.

Den Reichtum Weniger in den Wohlstand Aller verwandeln

Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen fördern.

Um den Steuerwettbewerb zwischen EU-Staaten zu beenden, sind ein EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen und gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für Spitzeneinkommen erforderlich, ebenso die Schließung von Steueroasen.

Digitalkonzerne wie Amazon, die riesige Umsätze und Gewinne machen, zahlen in der Europäischen Union kaum Steuern. Wir fordern daher eine EU-weite Digitalsteuer.

Um die grenzüberschreitende Spekulation zu behindern, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach wie vor das geeignetste Mittel.

Feminismus und Antidiskriminierung

Wir wollen die Lebensrealitäten der Frauen in den Mittelpunkt der Politik rücken. Feminismus setzt sich für die Gleichberechtigung aller Menschen ein. Wir wollen als Teil einer wachsenden feministischen Bewegung den von der konservativen und der faschistischen Rechten gestarteten Angriffen auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch entschieden entgegentreten. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen muss im Europarecht verankert werden.

Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung und somit die mangelnde soziale Sicherheit von Frauen beenden, durch Neubewertung und Neuverteilung von Arbeit.

Deshalb setzen wir uns für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden, ein.

Frauen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung und deshalb fordern wir entsprechende Repräsentation in allen politischen und wirtschaftlichen Führungsebenen.

Wir wollen lieben und leben wie es uns passt und fordern dies für alle in Europa lebenden Menschen, egal welcher Herkunft. Das diktiert auch die Charta der Menschenrechte.

Ein neutrales Österreich in einem friedlichen Europa

Angela Merkels Idee, einen Flugzeugträger unter EU-Kommando zu bauen, um ein Zeichen der gewachsenen weltweiten Bedeutung zu setzen, steht für die Absurdität der derzeitigen Rüstungsmanie. Wir bestreiten, dass das Ansehen und der Zusammenhalt Europas durch die Entwicklung eines Euromilitarismus gestärkt werden können. Österreich ist ein neutraler Staat. Dies wird im Vertrag von Lissabon (Art. 42, Abs. 2) von der EU auch anerkannt.

Wir treten dafür ein, dass Europa nach dem Vorbild Lateinamerikas zu einem atomwaffenfreien Kontinent wird.

Wir wollen uns im EU-Parlament dafür einsetzen, dass die österreichische Neutralität gestärkt und als Instrument für eine konfliktvermeidende und vermittelnde europäische Außenpolitik genutzt wird.

Wir verlangen von der österreichischen Regierung, dass sie sich im Rahmen der EU gegen weitere Rüstung und die Stationierung neuer Waffen stellt.

Willkommenskultur und Gleiche Rechte für alle

Das Sterben im Mittelmeer und an den Grenzen der EU muss aufhören! Statt viele Millionen Euro in die Aufrüstung von Frontex zu investieren, sind ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm und sichere Fluchtwege nach Europa zu schaffen.

Wir solidarisieren uns mit all jenen, die die Menschenrechte verteidigen und in Not geratenen Geflüchteten helfen.

Wir bekennen uns zur Willkommenskultur. Darüber hinaus aber brauchen die ankommenden Menschen Zugang zu Arbeit und Bildung und zum System der sozialen Sicherheit.

Wir fordern offene Grenzen und die Wiederherstellung des Asylrechts. EU-Mitgliedsstaaten, die EU-interne Grenzen aufziehen, um Geflüchtete abzuhalten, sind von den EU-Förderungen auszuschließen.

Wir treten für gleiche Rechte und den gleichen Zugang zu Sozialleistungen aller in der EU lebenden Menschen ein.

Wir wollen einklagbare europäische Bestimmungen zum Schutz sprachlicher, nationaler, ethnischer, religiöser und anderer Minderheiten. Wir fordern ein europäisches Antidiskriminierungsgesetz mit rechtsschöpfender Qualität und transparenten Sanktionsmöglichkeiten, um

behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Den antifaschistischen Auftrag des österreichischen Staatsvertrags als Teil der Europäische Rechtsordnung umsetzen

Im österreichischen Staatsvertrag, mit dem 1955 die österreichische Unabhängigkeit wiederhergestellt wurde, verpflichtete sich Österreich, „aus dem österreichischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben alle Spuren des Nazismus zu entfernen, ... um alle nazistische oder militaristische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern. Es verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen ... als auch alle anderen Organisationen, welche eine irgendeiner der Vereinten Nationen feindliche Tätigkeit entfalten oder welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind.“ (Staatsvertrag vom 15. Mai 1955)

Nun sitzt mit der FPÖ eine neofaschistische Partei in der Regierung.

Diese Verpflichtungen des österreichischen Staatsvertrags, der auch Teil der europäischen Rechtsordnung ist, sind eindeutig und bindend.

Der Neofaschismus ist nicht allein ein österreichisches

Problem, sondern ein europäisches. Wir verlangen daher, eine Rechtsnorm wie im österreichischen Staatsvertrag im Primärrecht der EU zu verankern.

Freie Netze, freie Software und freies Wissen. Gegen die Überwachung durch Konzerne und Staaten

Wir wollen ein Europa ohne Massenüberwachung der eigenen Bevölkerungen und angeblich präventiver polizeistatlicher Maßnahmen. Private Internetkonzerne machen zwischenzeitlich mit unseren Daten nicht nur riesige Profite, sondern beeinflussen auch demokratische Wahlen. Versprach das Internet einst die Utopie des niederschweligen Zugangs zu freiem Wissen und Kommunikation für alle, schreitet die Privatisierung auch dieses Bereichs mit großen Schritten voran. Wir wollen ein Europa, das die Netzneutralität schützt.

Wir fordern öffentliche Finanzierung für die Entwicklung Freier Software ("Open Source") und deren Nutzung durch öffentliche Institutionen und öffentlich geförderte Projekte.

Öffentlich finanzierte und geförderte wissenschaftliche Forschung muss "Open Access" sein, um auf diese Weise Forschungsergebnisse und Wissen öffentlich zugänglich zu machen. Schließlich ist Wissen eine Voraussetzung für eine bessere Demokratie.

Wir wollen ein “Right to Repair”; Produkte müssen mit Entwurfsplänen ausgestattet und so gestaltet sein, dass z. B. alternative Software eingespielt werden kann und die Geräte leicht und leistbar zu reparieren sind.

Wir verlangen ein Verbot von Online-Werbung und Tracking zu Werbezwecken und ein Online-Spionageverbot, d.h., Sicherheitslücken in digitalen Produkten müssen geschlossen werden und dürfen nicht zu Spionagezwecken geheimgehalten werden.

Europa muss eine volle Demokratie werden

Die wichtigsten Machtzentren der EU, der Rat, die Eco-fin, die Eurogruppe und die EZB wurden in Grauzonen der Demokratie verwandelt. Sozialpolitische Forderungen, deren Erfüllung in die Kompetenz der Nationalstaaten fallen, stoßen an in der EU gezogene Grenzen.

Demokratie ist essentiell, um die schlimmsten, zerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus einzuschränken.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir, dass die Sitzungen des EU-Rats, von Ecofin (Finanzminister) und der Eurogruppe per Livestream öffentlich gemacht werden.

Die Europäische Union ist keine vollwertige Demokratie. Das EU-Parlament ist den demokratisch kaum legitimierten Gremien wie Rat und Kommission unterlegen und kann nicht auf eigene Initiative Gesetze beschließen. Demokratisieren wir Europa, denn die EU wird entweder demokratisch sein, oder sie wird zerfallen.

Wir meinen mit Neustart: Europas Bevölkerungen haben das Recht, sich mit der Zukunft der Union zu befassen, und die Pflicht, aus Europa eine voll entwickelte Demokratie mit einem souveränen Parlament zu machen, das die Selbstbestimmung respektiert und die Macht mit den nationalen Parlamenten, mit Regionalversammlungen und Gemeindeparlamenten teilt.

Daher fordern wir, dass unmittelbar nach den Wahlen eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen wird, die die EU auf eine neue grundgesetzliche Basis stellt.

Impressum: KPÖ PLUS, Drechslergasse 42, 1140 Wien

www.kpoeplus.at